

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

Mit der wunderschönen Wortkreation "Freiheitsvergessenheit" beschrieb am 22.6.15 Prof. Dr. Ulrike Ackermann vom John Stuart Mill Institut, Heidelberg ([www.mill-institut.de](http://www.mill-institut.de)) in Frankfurt am Main (Vortrag Hayek-Gesellschaft, <http://www.hayek-frankfurt.de/>) den Zustand der westlichen Gesellschaften und insbesondere Deutschlands. Vielleicht kann uns das motivieren, uns weiterhin in unserem Land politisch für die Freiheit von Zwang und vor allem für ein Bewusstsein der Einzigartigkeit des Individuums, auch und gerade in der Gemeinschaft mit anderen, einzusetzen.

Nach Schulobst und Betriebsrenten kümmert sich das Europäische Parlament jetzt intensiv um die Türkei. Die Betrachtungsmöglichkeit, die Türkei sei einfach kein europäisches Land ist, scheint den vielen engagierten Parlamentarier offenbar nicht in den Sinn zu kommen:

### Türkei Fortschrittsbericht 2014

Die Türkei muss ihren Reformprozess im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit der EU nutzen, um ein stabiles pluralistisches demokratisches System aufzubauen und sich eindeutig zu den demokratischen Werten und Grundsätzen zu bekennen, die das Herzstück der EU bilden. Das empfehlen die Abgeordneten in einer am 10.06.2015 mit einer Mehrheit von mit 432 - 94 - 127 angenommenen Entschließung. Die Türkei solle zudem die Medien- und Meinungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit

der Justiz achten. Die Kommission soll erneut prüfen, wie die Verhandlungen bisher geführt wurden und wie sich die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei besser und enger gestalten ließen, und zudem die Bemühungen der Türkei unterstützen, den Friedensprozess mit der kurdischen Gemeinschaft abzuschließen, insbesondere durch Programme für die sozioökonomische Integration und Bildung im Südosten der Türkei. Die Abgeordneten sorgen sich um die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Effizienz der Justiz, sowie um die Gewaltenteilung in der Türkei. Das Land solle "vorrangig" für Medienfreiheit sorgen. Die jüngsten gegen die Pressefreiheit und Meinungsvielfalt gerichteten Maßnahmen der türkischen Die Abgeordneten verurteilen die Maßnahmen der türkischen Regierung zur Einschränkung des Zugangs zu sozialen Medien und Internetseiten und den Druck, der auf Medien und Journalisten ausgeübt wird. Sie fordern den Rat dazu auf, die Verhandlungen über Justiz und Grundrechte zu eröffnen, um wirksame Reformen zu fördern. Sie unterstreichen auch, dass es eines stärkeren politischen Willens bedarf, um einen geeigneten Rechtsrahmen für ein Vorgehen gegen die Korruption zu schaffen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0228+0+DOC+XML+V0//DE>

Auch der währungspolitische Dialog unseres EP mit Mario Draghi regt zum "Denken und Fühlen an", aber ich will jetzt doch zur Berichterstattung übergehen.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Europäisches Parlament

### Währungspolitischer Dialog mit EZB-Präsident Mario Draghi

Der EP-Wirtschaftsausschuss führte am 15.06.2015 einen währungspolitischen Dialog mit EZB-Präsident Mario Draghi. Zentrale Themen waren die geldpolitischen Maßnahmen der EZB. Dabei wurden die Folgen des Programms zum Ankauf von Staatsanleihen und die aktuelle Lage in GRI diskutiert. Draghi betonte, dass sich die EZB für einen erfolgreichen Kompromiss mit GRI einsetzt und alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten bis zur Grenze der direkten Staatsfinanzierung ausschöpft. Er machte auch klar, dass weitere Finanzhilfen an GRI politische Entscheidungen sind und nicht Sache der EZB. Er stellte in Aussicht, die sog. Notfall-Liquiditätshilfen (ELA) der EZB in Höhe von derzeit 83 Mrd. EUR unter der Bedingung ausreichender und kreditwürdiger Sicherheiten weiter zu erhöhen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20150615IPR66476/html/B-all-now-in-Greek-camp-Mario-Draghi-tellseconomic-and-monetary-affairs-MEPs>

### EU und Russland

Die EU soll mehr gegen russische Propaganda und für Sicherheit am Schwarzen Meer tun und muss ihre Beziehungen zu Russland in kritischer Weise neu bewerten. Diese sind schwerwiegend beschädigt, denn Russland missachtet mit der politischen Destabilisierung seiner europäischen Nachbarn vorsätzlich die demokratischen Grundsätze und Grundwerte und verstößt

gegen das Völkerrecht. So steht es in einer am 10.06.2015 mit einer Mehrheit von 494 - 135 - 69 angenommenen Entschließung des Berichterstatters MdEP Gabrielius Landsbergis (EVP/LIT). Die EU müsse nun einen "Soft-Power-Notfallplan" aufstellen, um der "aggressiven und spaltenden Politik Russlands" zu begegnen. Der Solidarität und Einheit unter den Mitgliedstaaten angesichts der rechtswidrigen Annexion der Krim und der direkten Beteiligung am Krieg in der Ukraine von Seiten Russlands muss "absoluter Vorrang" eingeräumt werden, so die Abgeordneten, die gleichzeitig warnen, von bilateralen Kontakten und Abkommen abzusehen, die dieser Einheit schaden können. Zur Wahrung der europäischen Solidarität unter den Mitgliedstaaten solle schnell eine robuste Europäische Energieunion geschaffen werden, die auf Grundlage des EU Energierechts steht. Das EP fordert die Kommission auf, umgehend ausreichende Mittel für konkrete Projekte bereitzustellen, mit denen der russischen Propaganda und Desinformation in der EU und im Ausland begegnet werden kann, und für die russische Zivilgesellschaft "ambitioniertere Finanzhilfen" zur Verfügung zu stellen. Es ist zutiefst besorgt darüber, dass immer häufiger gegen die Menschenrechte und das Rechtsstaatsprinzip verstoßen wird. Daher soll die EU unabhängige Aktivisten der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsaktivisten weiterhin politisch und finanziell unterstützen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0225+0+DOC+XML+V0//DE>



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Ablehnung des Initiativberichts zur Energieversorgungssicherheit.

Der Bericht über eine Strategie für eine sichere Energieversorgung in der EU hat am 10.06.2015 keine Mehrheit im Plenum gefunden und wurde mit 277 - 315 - 111 abgelehnt. Hintergrund der Ablehnung war ein Änderungsantrag, der auf Risiken des hydraulischen Frackings hinweist. Es ist noch ungewiss, ob und in welcher Form das EP das Thema wieder aufgreifen wird.

## **Europäischer Rat**

### Luxemburg übernimmt ab Juli Ratspräsidentschaft

Vom 1. Juli 2015 bis 31. Dezember 2015 übernimmt Luxemburg die Ratspräsidentschaft von Lettland. Gemeinsam bilden Italien, Lettland und Luxemburg die sogenannte Trio-Ratspräsidentschaft.  
<http://www.eu2015lu.eu/>

### Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Bosnien und Herzegowina in Kraft

Zum 1. Juni 2015 ist das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Bosnien und Herzegowina in Kraft getreten. Das Abkommen setzt den Rahmen für den weiteren EU-Beitrittsprozess des Landes. Dies bedeutet eine engere politische Zusammenarbeit in den zentralen Bereichen Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Handel. Auch geht es um die Unterstützung bei demokratischen Reformen und der Entwicklung der Zivilgesellschaft, des Bildungswesens und der regionalen Zusammenarbeit.

## Kompromiss zur EU-Öko-Verordnung erzielt

Der Rat hat in seiner Sitzung am 16.06.2015 eine Einigung über eine allgemeine Ausrichtung zu einem Vorschlag über ökologischen/biologischen Landbau erreicht. Mit dem Vorschlag werden die geltenden Rechtsvorschriften über die ökologische/biologische Erzeugung und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen überarbeitet. Ziel ist es, Hindernisse für den Ausbau der ökologischen/biologischen Produktion in der EU auszuräumen, einen fairen Wettbewerb für Landwirte und Wirtschaftsteilnehmer zu garantieren und das Vertrauen der Verbraucher in ökologische/biologische Produkte zu stärken. DEU konnte sich in Luxemburg weitgehend mit seinen Forderungen durchsetzen. So wird Bio nicht allein auf Grenzwerte im Endprodukt reduziert werden. Die Öko-Produktion umfasst weiterhin die komplette Produktionskette. Darauf bleiben die Kontrollmechanismen auch in Zukunft aus-

gerichtet. Des Weiteren wird eine deutliche Verbesserung der Kontrollen die Sicherheit und Verlässlichkeit bei Importen von Bio-Lebensmitteln sicherstellen.

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2015/06/14/>

## Erklärung von zwölf Mitgliedstaaten zur verstärkten regionalen Kooperation im Bereich Versorgungssicherheit

Am Rande des Energierates am 8.06.2015 hat DEU gemeinsam mit BEL, NDL, LUX, RA, AUT, SWE, DNK, POL, CZR, der Schweiz und Norwegen eine zentrale politische Erklärung zur verstärkten regionalen



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Kooperation im Bereich der Strom-Versorgungssicherheit unterzeichnet. Die Erklärung enthält die Zusage, verstärkt auf die Flexibilisierung von Angebot und Nachfrage zu setzen und dafür Marktsignale und Preisspitzen zu nutzen sowie das Bekenntnis zu einer möglichst geringen Intervention in den Strommarkt. Man einigte sich ferner darauf, die Netze weiter auszubauen und den Stromhandel auch in Zeiten von Knappheit nicht zu beschränken.

sehen. An letzter Stelle des Rankings stehen die Bürger aus Bulgarien mit einem Wert von 4,8.

## Zahlen

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosen-Quote betrug im April 2015 11,1 Prozent nach 11,3 Prozent im März. Das teilte Eurostat am vergangenen Mittwoch (3.6.) mit. Das ist der niedrigste Stand seit drei Jahren. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass knapp 17,85 Millionen Menschen in der Eurozone im April ohne Arbeit waren. Deutschland hat dabei die niedrigste Quote, Griechenland und Spanien die höchste.

### Lebenszufriedenheit

Auf einer Skala von 0 für überhaupt nicht zufrieden bis 10 für vollkommen zufrieden schätzen die Europäer ihre Lebenszufriedenheit im Schnitt bei 7,1 Punkten ein. Das ergab ein Bericht von Eurostat. Die Deutschen liegen dabei mit 7,3 Punkten nur knapp über den Durchschnitt. An der Spitze stehen dabei die EU-Bürger aus Dänemark, Finnland und Schweden, die ihre allgemeine Lebenszufriedenheit im Schnitt bei 8,0

## Auswahl und Redaktion:



## Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

